Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge

Herausgeber: Bioforum Schweiz

Band: 47 (1992)

Heft: 1

Artikel: 35% Subventionsabbau?

Autor: [s.n.] / [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-891942

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nichts gelernt und viel vergessen . . .

Zur Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden, ist der 7. Landwirtschaftsbericht für das gemeine Volk noch nicht zugänglich. Was trotzdem schon durchsickert, ist aber nicht geeignet, den Bauern Mut zu machen. Es scheint, dass der Bundesrat erstens aus der Geschichte nichts lernt und zweitens das, was er wissen könnte, vergisst. Denn was er uns als Rezept für die zukünftige Agrarpolitik anbietet, ist kalter Kaffee, und die Erkenntnis von dessen Untauglichkeit, sollte eigentlich längstens bis in die höchsten Gefilde der Bundesstadt vorgedrungen sein.

Konkret: Vor Jahren hat ein gewisser Sicco Mansholt die «Gesundschrumpfung» propagiert. Selber hat er, der Sozialist, seine Thesen längst widerrufen, doch die Schrumpfung ist in vollem Gang. Aber obwohl die Bauernbetriebe Europas grösser geworden sind, geht es den übriggebliebenen Bauern immer schlechter. Die Rechnung, den vorhandenen Kuchen auf weniger Mäuler zu verteilen, ist nicht aufgegangen. Denn in gleichem Mass, wie die Betriebe grösser werden, sinken die Preise. Den Bauern bleiben die Kosten für die Aufstockung und die Resignation, weil sie einmal mehr auf die Rolle geschoben worden sind.

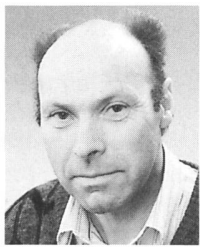
Es ist eine Illusion zu glauben, was in Deutschland oder Frankreich versagt hat, werde in der Schweiz gelingen. Denn auch bei uns hat die Zahl der Bauern in den letzten zwanzig Jahren um etwa 26 Prozent abgenommen, ohne dass es den Übriggebliebenen besser ginge. Ausserdem bedeutet jeder «wegrationalisierte» Bauer ein Arbeitsloser anderswo, ob hier oder in Portugal, macht keinen Unterschied.

Wenn der Bundesrat glaubt, die Aufgaben der Landwirtschaft seien durch die Hälfte der Bauern noch ausreichend zu erfüllen, könnte er das gleiche Rezept ja zunächst in der Bundesverwaltung ausprobieren: Gleichbleibende oder rückläufige Lohnsumme, jährlicher Abbau von 2 bis 5 Prozent der Stellen, Verteilung der Lohnsumme auf die restlichen. Auf das Ergebnis darf man gespannt sein!

W. Scheidegger

35% Subventionsabbau?

Arthur Dunkel hat im Gatt einen Abbau der Agrarsubventionen um 35% vorgeschlagen. Er geht damit noch wesentlich weiter als der Bundesrat mit seiner Offerte vor einem Jahr. Die verschiedenen Varianten, über die zwischen USA, EG und dem Rest der Welt verhandelt wird, sind in der Presse erläutert worden. Aber egal, wer wem was anbietet: er bietet etwas an, das ihm nicht selber gehört. Ob der «Anbieter» nun Dunkel, Delors oder Bush heisst, die Betroffenen sind immer Bauernfamilien, die um ihre Meinung gar nicht befragt worden sind.
«Kultur und Politik» hat vier Bauern darüber befragt, wie sie sich zu der gegenwärtigen Entwicklung stellen und welche Massnahmen sie auf ihren Betrieben zu ergreifen gedenken, um die Existenz des Betriebes zu erhalten.

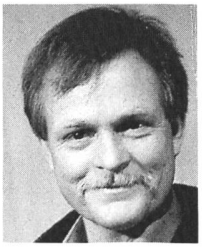


Ernst Niederer bewirtschaftet in Berneck SG einen Kleinbetrieb. Vor Jahren hat er das Vieh abgeschafft und sich auf Obst- und Beerenanbau spezialisiert.

«Mich beschäftigen vor allem die stark verschuldeten grösseren Betriebe. Diese müssen wohl oder übel im grossen Räderwerk mitlaufen. Sie sind auf Grossabnehmer angewiesen und werden sich mit den entsprechenden sinkenden Preisen konfrontiert sehen.
Hingegen habe ich nicht Angst um die Kleinbetriebe, wie ich selber einen habe. Ich habe keine Schulden mehr und sehe meine Chancen in der Direktvermarktung. Ich kann auf meinen Produkten eine Marge realisieren, die der Grossbetrieb nie erreicht. Zudem sind immer mehr Menschen bereit, für Produkte aus biologischem Anbau Preise zu bezahlen, die ausserhalb der EG-Norm liegen.
Als konkrete Massnahme sehe ich vor, den Teil meiner Erdbeeren, die bis jetzt an Grossabnehmer gehen, zu reduzieren zu Gunsten einer Selbstpflückanlage. Damit kann ich die Privatkundschaft in der Nähe ausbauen. Mit den Preisen, die die Gemüsezentrale ohne 3-Phasensystem noch zahlen könnte, käme ich schlecht weg.»

Hannes Brunner in Muntelier bei Murten leitet einen gemischten Betrieb mit Mutterkuhhaltung und umfangreichem Gemüseanbau.

«Von den vieldiskutierten Direktzahlungen profitiere ich als Mutterkuhhalter jetzt schon. Ich sehe aber ein, dass dies auf die Dauer nicht genügen wird. Mit meinen Bedenken betreffend EG-Beitritt bin ich hier nicht mehr allein. Ich spüre zunehmend auch Bedenken in andern Bevölkerungskreisen, die um das Lohnniveau und die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes bangen. Von einem EG-Beitritt wären somit grössere Bevölkerungskreise betroffen.
Für meinen Betrieb sehe ich den Ausweg kaum in einer wesentlichen Vergrösserung. Ich sehe da vor allem arbeitswirtschaftliche und ökologische Grenzen. Es gibt hier zwar auslaufende Betriebe. Eine flächenmässige Ausdehnung läge also durchaus drin, jedoch kaum bei gleichbleibender Intensität. Unsere Betriebe sollten ja auch noch menschengerecht sein! Konkret bin ich daran, meinen Stall baulich so einzurichten, dass ich für die Stallarbeiten weniger Zeit brauche. Diese kann ich dann anderswo wieder einsetzen.
Ein Problem für die Landwirtschaft sehe ich auch darin, dass sich die Bauern unter sich selten einig sind. Vieh-, Acker- oder Gemüsebauern engagieren sich je für ihre Sonderinteressen und vernachlässigen darob die gemeinsamen bäuerlichen Anliegen. Wenn sich der Berufsstand selbst zerfleischt, braucht es von aussen nicht mehr viel, um uns den Rest zu geben.»



Emil von Allmen ist Bergbauer in Gimmelwald bei Mürren.

«Gefahr droht uns vor allem vom Gatt. Da müssen wir uns dagegen wehren, sogut und solange es geht. Es gibt meines Erachtens keine zwingenden Gründe für den geplanten Abschluss, auch weltweit gesehen nicht. Mit den sogenannten Weltmarktpreisen wird nämlich auch die 3. Welt ausgebeutet.
Ich bin persönlich auch nicht für den EG-Beitritt, aber wir werden uns wohl oder übel auf einen Beitritt einstellen müssen. Auch ohne diesen Schritt werden wir unter EG-Bedingungen kom-

men. Zwei Beispiele dafür sind die Fleischpreise und die Hypothekarzinsen. Beide nähern sich dem EG-Niveau, die ersteren nach unten und die zweiten nach oben. Dass sich in der EG zunehmend Opposition gegen das GATT bemerkbar macht, werte ich als Chance für uns.
Direktzahlungen sind nicht etwas grundsätzlich Neues. Ohne solche Beiträge würden wir hier im Berggebiet nur noch Defizite erwirtschaften. Eine Erhebung der Schule Hondrich hat dies deutlich gezeigt: Was wir erwirtschaften, deckt in der Regel etwa die Kosten, das Einkommen stammt aus Beiträgen.
Für meinen eigenen Betrieb sehe ich heute nicht allzu schwarz. Eine nebenamtliche Beratungstätigkeit im Schulkreis Hondrich steuert einen Teil des Einkommens bei. Für den Betrieb selber ziehe ich zwei Massnahmen konsequent durch: 1. Kosten senken und 2. selber machen. Ich habe z. B. den Zukauf von Futter radikal auf das absolute Minimum eingeschränkt und an Maschinen wird nur angeschafft, was absolut unentbehrlich ist. In Haus und Hof bin ich ständig am Bauen und Einrichten. Aber der Baumeister wird nur für wirklich grosse Arbeiten beigezogen. Eine weitere Möglichkeit sehe ich in der Direktvermarktung. Bei uns beschränkt sich das auf das Fleisch. Für einen Muni kann aber ein Mehrerlös bis zu 1000 Franken drinliegen. Wir müssen zwar etwas Mehrarbeit investieren, die aber anderswo nicht sinnvoll eingesetzt werden kann. Direktvermarktung ist übrigens das zur Zeit am meisten gefragte Thema in der Betriebsberatung.»

Samuel Vogel führt in Kölliken einen Bio-Betrieb der ersten Stunde. Schwerpunkte sind Ackerbau und Milchwirtschaft.

«Ich stelle mir vor, dass wir vor einer ähnlichen Situation stehen wie vor etwa 30 Jahren. Damals gab es sehr viele Betriebe, wenigstens hier bei uns, die den Sprung in die Mechanisierung nicht mehr mitmachen wollten. Ein Drittel oder mehr der Betriebe haben damals schon aufgegeben. Das waren z. T. solche ohne Nachfolger oder solche mit schlechten wirtschaftlichen Ergebnissen. Die haben die damalige Gunst der Stunde genutzt und den Sprung in einen gut bezahlten andern Beruf gewagt.
Wir haben hier immer noch eine relativ kleinbäuerliche Struktur. Ein einziger Betrieb im Dorf bewirtschaftet mehr als 15 ha. Wieder gibt es genügend junge Bauern, die freiwerdendes Land zur eigenen Arrondierung zupachten werden. Ich sehe auch positive Ansätze einer sinnvollen überbetrieblichen Zusammenarbeit, vor allem beim Kauf von Maschinen.
Eine zweite Gegenreaktion ist die, dass die jungen Bäuerinnen ihre gelernten Berufe beibehalten und so dem Betrieb zu einem zweiten Bein verhelfen. Sodann bewerben sich immer mehr Bauern um Aufträge der öffentlichen Hand, beispielsweise für den Uferunterhalt an Gewässern.
Wer den Willen hat, Bauer zu bleiben, wird es auch können. Wer die nötige Flexibilität mitbringt, wird nicht auf der Strecke bleiben. Gerade der Dienstleistungssektor kann ein Beibehalten der Selbständigkeit ermöglichen. In unserer Gegend werden solche Lösungen dem Ausweichen auf Gemüsebau oder Selbstvermarktung vorgezogen. Die eigene Mechanisierung wird zugunsten einer überbetrieblichen Lösung zurückgenommen.
Für uns selber ist die Generationenfolge noch offen. Wenn sich das Problem in der wünschbaren Richtung löst, sehe ich den Ausbau der Selbstvermarktung im Vordergrund. Die Ladenpreise werden vermutlich trotz EG auf der heutigen Höhe bleiben. Diese Spanne gilt es auszunützen.»
Eigentlich bemerkenswert: Keiner der Befragten hat sich aufs Jammern verlegt!

sr.

Knospe im Kanton Zürich gesetzlich anerkannt

Am 8. Dezember 1991 wurde an einer, historisch gesehen, sehr wichtigen kantonalen Volksabstimmung eine Änderung des Landwirtschaftsgesetzes beschlossen. In einem neuen fünften Abschnitt (Förderung der naturnahen Landwirtschaft) wird der Staat verpflichtet, umweltschonende Produktionsformen durch Beratung und Weiterbildung zu fördern. Praxisversuche und besonders umweltschonende Produktionsformen können mit Subventionen unterstützt werden. Die aus der Umstellung auf Biolandbau verursachten Einkommenseinbussen müssen in den ersten zwei Jahren bis zur vollen Höhe durch Beiträge abgegolten werden. Besonders wichtig für uns ist die gesetzliche Definition in Paragraph 168c: «Biologischer Landbau im Sinne des Gesetzes ist die Bewirtschaftungsweise nach den Richtlinien der vom Staat anerkannten schweizerischen Vereinigungen für biologischen Landbau. Die Festlegung der Bedingungen für die Betriebsanerkennung und deren Kontrolle kann der Regierungsrat diesen Organisationen übertragen.»
Die Vorarbeit der VSBLO wird anerkannt – das Rad muss nicht neu erfunden werden.

Langsamer, aber umfassender

Die Kantone Bern und Baselland waren schneller mit der Einführung der Umstellungsbeiträge, weil der Regierungsrat auf dem Verordnungsweg selber gehandelt hat. Der Zürcher Regierungsrat war diesbezüglich weniger aufgeschlossen. 1987 startete Dr. Bernhard Wehrli eine Einzel-Initiative, über die das Volk abstimmen muss, wenn sie vom Kantonsrat, zuerst vorläufig, nach Vorliegen der Kommissionsarbeit dann definitiv, unterstützt wird. Er wollte Biolandbau in 12 Paragraphen des Landwirtschaftsgesetzes besonders erwähnt haben. Die vorläufige Unterstützung wurde gegen die fast geschlossene Ablehnung der SVP, in deren Reihen nach dem Kommentar des «Tages-Anzeigers» «Späne flogen», beschlossen. Dr. Wehrli hat dann seine Initiative zugunsten eines besseren Gegenvorschlags zurückgezogen. Sein Verdienst ist es, dass heute Biolandbau im Kanton Zürich, unter der Knospe der VSBLO, als besonders umweltschonende Landbauform definiert ist und unterstützt wird. Das Verdienst der kantonsrätlichen Kommission ist es, einen sehr ausgewogenen Gegenvorschlag erarbeitet zu haben, der die Mehrheit des Volkes (74 Prozent Ja-Stimmen) zu überzeugen vermochte.

«An den ‚Bio-Fritzen' kommt die Politik nicht mehr vorbei»

Zweifellos wäre diese Vorlage anders herausgekommen, wenn nicht vier Bio-Bauern in der Kommission vertre-